



Vor dem Beschluss des Bundeskabinetts zur Neuregelung des Familiennachzugs hat die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl vor dem Gesetzentwurf gewarnt. Dieser bringe Kriegsflüchtlinge

aus Syrien in eine "ausweglose Situation", erklärte sie am Mittwoch in Berlin. Familien würden "für Jahre getrennt", die Menschen "zerrieben".

Das Kabinett will bei seiner Sitzung am Mittwoch eine Neufassung der Regelungen zum Familiennachzug für Flüchtlinge mit sogenanntem eingeschränktem Schutzstatus beschließen. In der Kabinettsvorlage von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) wird eine Obergrenze von monatlich 1000 Angehörigen für diese Menschen festgeschrieben.

Hauptbetroffene der neuen Gesetzeslage seien Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland Syrien, erklärte Pro Asyl. Diese Menschen würden von der Regierung von Machthaber Baschar al-Assad als "Verräter" behandelt, sie drohten bei einer etwaigen Rückkehr in die Gewalt des syrischen Geheimdiensts zu geraten. Unter diesem Umständen sei eine Rückkehr zu ihren Familien in ihr Heimatland "unzumutbar".